

Wozu denken, wenn man googeln kann?

Wie die Marktmacht von Konzernen die Demokratie aushöhlt

Pat Christ

Im kommenden Jahr kann er 15-jähriges Bestehen feiern, der „Verein zur Förderung der Suchmaschinen-Technologie und des freien Wissenszugangs“ (SuMa). Seit 2004 setzt sich die in Hannover etablierte Organisation dafür ein, dass das digitale Wissen der Welt ohne Bevormundung durch Staaten und Konzerne frei zugänglich ist. Dieses Ziel zu verfolgen, entpuppt sich zunehmend als Kampf gegen Windmühlenflügel. Denn Alternativen zum globalen Oligopol Google schrumpfen kontinuierlich.

Bereits vor zehn Jahren warnten Wissenschaftler wie der Informatiker Hermann Maurer von der TU Graz vor der Gefahr, die dadurch entsteht, dass weltweit mehr als die Hälfte der monatlichen Suchabfragen über Google abgesetzt werden. Maurer forderte auf Basis einer von ihm erstellten Studie, die das österreichische Infrastrukturministerium unterstützt hatte, Google zu zerschlagen. „Jeder, der die Situation betrachtet, muss sich dessen bewusst sein, dass Google in noch nie dagewesener Art Macht angehäuft hat und damit unsere Gesellschaft in Gefahr bringt“, warnte der Informatiker Ende 2007.

Solche Appelle wurden weithin ignoriert. Heute weist Google weltweit einen Marktanteil von fast 90 Prozent auf. Die Suchmaschine ist zum Synonym für das Recherchieren im Internet geworden. In Deutschland sucht nahezu niemand mehr mit Hilfe anderer Suchmaschinen. 95 Prozent aller Anfragen laufen über Google.



Wer im Internet etwas suchen möchte, tut dies in Deutschland in 95 Prozent der Fälle mit der Suchmaschine Google.

Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ. Außer letztes Foto „FLiXBUS“ (s. Ende)

Besser als in Afrika?

Das Unternehmen selbst gibt es indessen nur noch als Tochterfirma: Seit Oktober 2015 gehört Google zur US-amerikanischen Holding Alphabet Inc. mit Sitz im Silicon Valley. Alphabet ist, was seinen Marktwert anbelangt, nach Apple und Amazon das weltweit drittgrößte Unternehmen. Rund 765 Milliarden Dollar ist es wert. Deutschland hingegen ist mit knapp zwei Billionen Euro verschuldet.

Seit Jahren versucht die EU-Kommission, gegen die Marktmacht von Google anzugehen. Mitte Juli schritt sie zur Tat und verhängte eine Geldbuße in Höhe von 4,34 Milliarden Euro. Der Grund: Google legt Herstellern von Android-Geräten und Betreibern von Mobilfunknetzen seit 2011 rechtswidrige Einschränkungen auf. „Google hat Android dazu verwendet, die markt-

beherrschende Stellung seiner Suchmaschine zu festigen. Dadurch wurde Wettbewerbern die Möglichkeit genommen, innovativ und konkurrenzfähig zu sein“, so Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

Unter Googles Diktat

Konkret zwingt Google Handy-Hersteller, die eine Google-Lizenzierung haben möchten, den App-Store, die App Google-Suche sowie die Browser-App von Google auf den Geräten vorzinstallieren. Außerdem floss viel Geld an Firmen und Mobilfunknetzbetreiber, wenn diese ausschließlich die App Google-Suche auf ihren Geräten vorinstallierten. Schließlich hinderte Google Produzenten, die Google-Apps auf ihren Geräten vorinstallieren wollten, daran, andere Smartphones zu verkaufen, die über eine von Google nicht genehmigte

Android-Version betrieben werden. Bereits 2004 hat die Dudenredaktion „googeln“ in das wichtigste deutsche Wörterbuch aufgenommen. Der Suchmaschinenbetreiber erreichte 2006 – aus Markenschutzgründen –, dass die ergänzende Erklärung von „im Internet, besonders in Google suchen“ geändert wurde in „mit Google im Internet suchen“.

Eigentlich sollte es so viel Marktmacht nicht geben dürfen. In Deutschland wurde deshalb vor 60 Jahren das Bundeskartellamt gegründet. Seitdem unterliegen Zusammenschlüsse der Fusionskontrolle. „Doch die greift nicht in hochkonzentrierten Märkten“, erklärt Tobias Lettl, Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Uni Potsdam. Um den Wettbewerb im IT-Sektor sowie im Pestizid- und Saatgutgeschäft wiederzubeleben, sollten endlich staatliche Eingriffe erlaubt werden, um Konzernstrukturen zu entflechten, fordert er.

Weil die Situation immer bedenklicher wird, gründeten 24 Organisationen zu Jahresbeginn das Bündnis „Konzernmacht beschränken“. „Je größer die Konzerne, desto mehr Macht und finanzielle Mittel haben sie, die Politik und Märkte in ihrem Sinne zu beeinflussen“, erklärt dazu Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die dem Bündnis angehört. Die Marktkonzentration gerade im Agrarsektor gefährde nicht nur die Demokratie, sondern auch die Ernährungssouveränität der Menschen.



Das Bündnis „Konzernmacht beschränken“ fordert von der Politik einen Wandel in der Wirtschaftspolitik, um den gefährlichen Trend zu immer mehr Marktkonzentration zu stoppen.

Bayer schluckt Monsanto



Obwohl solche Bedenken an die Politik herangetragen wurden, genehmigte die EU-Kommission am 21. März dieses Jahres die Übernahme des Unternehmens Monsanto durch die Bayer AG. Etwa im selben Zeitraum gab sie die Fusionen von Dow, dem bis dahin zweitgrößten Chemiekonzern der Welt, mit DuPont sowie für ChemChina und Syngenta frei. Die Auflagen der EU-Kommission zwingen Bayer zwar, große Teile seines Saatgut- und Pestizidgeschäfts abzugeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie aber von BASF gekauft. Geschieht dies tatsächlich, kontrollieren in Zukunft vier Konzerne einen sehr großen Teil des globalen Markts für Saatgut und Pestizide.



Im März genehmigte die EU-Kommission die Übernahme von Monsanto durch die Bayer AG.

Die Marktkonzentration geht jedoch noch weiter: Saatgut- und Pestizidhersteller versuchen derzeit, mit Anbietern von Landmaschinen zu fusionieren. Die sind wegen ihrer Daten über Bodenbeschaffenheit, Zustand der Kulturpflanzen und Ernteerträge attraktiv. Die EU-Kommission versucht, auch hier regulierend einzugreifen. So muss Bayer der BASF eine Lizenz seiner IT-Plattform zur digitalen Steuerung der Landwirtschaft erteilen. „Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Auflagen ausreichen, um einen funktionierenden Wettbewerb zu sichern, wenn zentrale Produktionsmittel, Daten und Technologien von wenigen Großunternehmen kontrolliert werden“, warnt die Grünen-Fraktion im Bundestag.

Je größer Unternehmen werden umso mehr Lobbykraft haben sie. Auch das beunruhigt die Grünen. „Das enorme Druckpotential von Megakonzerne auf

die Agrarpolitik erschwert den Kurswechsel hin zu ökologisch verträglichen Produktionsweisen mit einer deutlichen Reduktion des Pestizideinsatzes“, legen sie dar. Dass die Zulassung von Glyphosat verlängert wurde, spricht nach Ansicht der Fraktion Bände. In Entwicklungsländern führe der Einfluss auf eine konzernfreundliche Saatgutregulierung dazu, dass Kleinbauern der Marktzugang erschwert wird: „Hunger und Armut werden so verschärft.“

Patente auf Pflanzen



Parallel zu diesen Entwicklungen steigt die Zahl an Patenterteilungen durch das Europäische Patentamt auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere zugunsten der Agrarriesen ständig an. Und das, obwohl solche Patente der EU-Biopatentrichtlinie zufolge eigentlich verboten sind. „Wenn die Ernährung ganzer Volkswirtschaften von ein paar wenigen Konzernen abhängig ist, die auf immer weniger Sorten von Kulturpflanzen setzen, stellen sich grundsätzliche Fragen zur Ernährungssouveränität und Nahrungssicherung“, warnen die Grünen.



Europa erscheint machtlos im Kampf gegen die Wirtschaftsgiganten.

Dass die Politik dem ameisenschleißigen Treiben der Giganten so lange fast untätig zusah, bedeutet einen Verrat an Prinzipien, die man sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Im „Ahlemer Programm“ des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone, das am 3. Februar 1947 verabschiedet wurde, heißt es ausdrücklich, dass die Politik in Zukunft keine „Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte“ mehr dulden will. Von 1933 an, erinnert das Programm, bekamen große Unternehmen, die sich zusammantaten, einen monopolartigen Charakter: „Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar.“

Das Ahlener Programm fordert eine grundlegende Gesundung der Wirtschaft, die wieder ausschließlich dem Menschen dienen soll. Im Kapitel „Neue Struktur der deutschen industriellen Wirtschaft“ wird Konzernen eine Absage erteilt. „Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen“, heißt es wörtlich. Das alles erscheint heute, im Zeitalter der Megakonzerne, wie ein Märchentraum aus längst vergangener Zeit.



Das Ringen der Politik mit den immer marktmächtigeren Konzernen gleicht dem Kampf des David gegen Goliath.

Immer mehr Marktmacht

Inzwischen kontrollieren nur noch etwa 150 Konzerne die Hälfte der weltweiten Wirtschaft. Parallel versuchen institutionelle Investoren, ihre Macht zu vergrößern. Dies ist vor allem im Chemiesektor bedenklich. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung halten institutionelle Investoren rund 60 Prozent des Gesamtwerts dieser Branche.



Der geplante Zusammenschluss der Ketten Edeka und Kaiser's/Tengelmann gehört zu den wenigen Fusionen, die in den letzten Jahren vom Bundeskartellamt verhindert wurden.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden beim Bundeskartellamt insgesamt 2.440 Unternehmenszusammenschlüsse angemeldet, heißt es im jüngsten Tä-

chtigkeitsbericht der Behörde. Gerade einmal 19 Anmeldungen wurden in einem sogenannten Hauptprüfverfahren näher untersucht. Ein einziges Mal wurde ein Fusionsbegehren verweigert – nämlich der Zusammenschluss von Edeka und Kaiser's/Tengelmann.

Auf dem rasant gewachsene Fernbusmarkt kam es in Berichtszeitraum zu einer neuen Machtzusammenballung: Die Firma FlixBus entwickelte sich zum einzigen großen Fernbuslinienanbieter in Deutschland. Dass dies fusionsrechtlich nicht geprüft werden konnte, liegt nach Aussage des Bundeskartellamts vor allem an dem findigen Geschäftsmodell des Unternehmens. Demnach betreibt FlixBus keine eigenen Busse – der Betrieb firmiert als reine Buchungs- und Marketingplattform. Die Linien werden von 150 überwiegend mittelständischen Subunternehmern bedient. Deren Umsätze lagen letztlich unter den „Aufgreifschwelen“ der Fusionskontrolle.



Smarte Geschäftsideen, wie sie etwa von FlixBus gesponnen wurden, können Fusionskontrollen verhindern.

Nur sehr langsam reagiert der Gesetzgeber auf derartige Entwicklungen. So bereitet das Wirtschaftsministerium im Augenblick die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GBW) vor. Die Bundesregierung will im kommenden Jahr die näheren Inhalte hierzu festlegen. Außerdem soll eine „Kommission Wettbewerbsrecht 4.0“ eingesetzt werden. Während all dies überlegt und vorbereitet wird, schreiten die Konzentrationsprozesse nahezu ungehemmt voran.

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“

Oldenburg 2018, 110 S., Softcover € 16,00 ISBN 978-3-933891-31-0

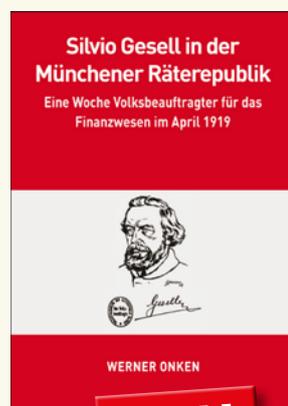
Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könn-

ten seine Geld- und Bodenreformvorschlage angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über

Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.
E-Mail: post@dieterfauth.de
(Lieferung frei Haus).



NEU